

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Frau Flinner, Kreuzeder und der Fraktion DIE GRÜNEN

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksachen 11/6387, 11/6388 —

Agrarbericht 1990

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Die Vernichtung von eigenständigen Betrieben und Arbeitsplätzen auf dem Lande schreitet weiter voran: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist 1989 gegenüber dem Vorjahr um 16 200, das sind 2,5 % (von 665 500 auf 648 800 Betriebe) zurückgegangen. Seit 1979 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um über 160 000 zurückgegangen.
- Die Gewinne der landwirtschaftlichen Betriebe liegen so niedrig, daß jedes Jahr viele Betriebe aufgeben müssen. Vor dem Hintergrund der existenzgefährdend schlechten Einkommenslage der Mehrheit der Betriebe relativiert sich die Erfolgsmeldung einer Steigerung der Gewinne um ein Drittel: zwar sind die Gewinne im Wirtschaftsjahr 88/89 im Schnitt je Unternehmen um 32,1 % auf 46 912 DM und je FAK um 34,4 % auf 32 286 DM gestiegen. Doch lag der Gewinn im Gesamtdurchschnitt noch immer um 18 % unter dem gewerblichen Vergleichslohn; im Vorjahr lag er sogar 37 % niedriger!
- Die Bundesregierung ist weit entfernt von den propagierten vier Hauptzielen der Agrarpolitik:
 1. Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und Teilnahme der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung – der Vergleichslohn liegt für die Bauern noch in unerreichter Ferne;

2. Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Produkten der Agrarwirtschaft zu angemessenen Preisen – die Belastung von Luft, Boden, Wasser und Nahrungsmitteln durch Pestizide und Düngemittel ist Ergebnis einer durch Preisdruck forcierten Spezialisierung und Industrialisierung der Agrarproduktion;
 3. Verbesserung der agrarischen Außenwirtschaftsbeziehungen und der Welternährungslage – Futtermittelimporte entziehen Menschen in der „Dritten Welt“ die Nahrungsgrundlage und tragen zur Umwelt- und Bodenzerstörung bei;
 4. Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen – die agrarpolitisch erzwungene industrialisierte Landwirtschaft verursacht schwere Umweltschäden (Erosion, Grundwasserbelastung, Klimaeffekte); eine zukunftsorientierte, nachhaltige Landwirtschaft wird gegenüber der Wachstumslandwirtschaft benachteiligt.
- In der Bundesrepublik Deutschland wurden mit dem Argument, den Preisverfall bei Getreide zu stoppen, 1989/1990 rd. 225 000 ha LF stillgelegt. Doch das Agrarpreis-Stabilisatorenpaket (mit automatischen Preissenkungen und MVA) brachte für die Bauern seit 1983/1984 einen Preisrückgang von mehr als 25 %. Diese dringend revisionsbedürftige Preispolitik wird im Agrarbericht zynisch umschrieben: „Die vom Europäischen Rat gefaßten Beschlüsse zur Reform der Agrarpolitik prägten auch das Jahr 1989“).
 - Ergebnis der wachstumsfixierten Agrarpolitik der Bundesregierung, die ökologische Fragen weitgehend außer acht läßt, ist, daß Konzentration und Spezialisierung in der Landwirtschaft voranschreiten: 0,8 % der Betriebe mit 100 ha und darüber bewirtschafteten rd. 7,5 % der gesamten LF der Bundesrepublik Deutschland; 1,5 % der Milchviehbetriebe mit Beständen ab 60 Kühen hielten 7,0 % aller Milchkühe; 1 % aller Mastschweine haltenden Betriebe haben Bestände ab 600 Schweine und produzieren 20,6 % aller Mastschweine; 0,4 % der Legehennenhalter halten 70 % aller Hennen in Beständen ab 5 000 Tiere.
 - Gerade die gut ausgebildeten Betriebsleiter, die die höchsten Erträge erwirtschaften, setzen die meisten Agrochemikalien ein: Beim Aufwand für Düngung und Pflanzenschutz liegen die größeren Betriebe auf guten Böden an der Spitze (Agrarbericht Mat. Tab. 81). Während die kleinen Betriebe (unter 40 000 DM StBE) auf ungünstigem Standort 313 DM/ha aufwenden, erreichen die größeren auf guten Böden 596 DM/ha, entsprechend 190 %, im intensiven Marktfruchtbau sogar 210 %.
 - Die ökologische und wirtschaftliche Krise der Landwirtschaft ist durch eine Ökologisierung und flächengebundene Erzeugung der Landwirtschaft auf der gesamten Fläche erreichbar; eine Aufspaltung der Landschaft durch Flächenstillegungsprogramme und Förderung intensiver Massen-

produktion („Nachwachsende Rohstoffe“) bringt weitere ökologische Probleme und verschärft den Preisdruck zusätzlich.

- Inzwischen haben nach Angaben AGÖL 3028 Betriebe gegen vielseitigen Widerstand mit Unterstützung der Verbraucher/innen aus eigener Einsicht die notwendigen Konsequenzen gezogen und wirtschaften ökologisch. Das sind 628 Betriebe mehr als 1988, ein Zuwachs von 30 %. Diese Betriebe haben die bisherige Mengenproduktion eingestellt und die ertragssteigernden Aufwendungen minimiert, durch Verbesserung der Qualität und Verkürzung der Marktwege in Abstimmung mit den Verbraucherinnen ihre Einnahmen erhöht und damit gleichzeitig eine Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit bewirkt.
- Eine übergangslose Eingliederung der DDR-Agrarwirtschaft in die EG wird für die Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR verheerende Folgen haben, denn die Unterschiede zwischen der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sind extrem: 4 625 Sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben sowie rd. 3 000 bäuerlichen Familienbetrieben in der DDR stehen in der Bundesrepublik Deutschland 648 800 Betriebe gegenüber; die durchschnittliche Größe der Pflanzen-LPG's beträgt ca. 4 540 ha LN gegenüber 18,2 ha durchschnittlicher Betriebsgröße in der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft beträgt in der Bundesrepublik Deutschland 65 Wochenstunden, in der DDR 43,5 Wochenstunden.

Nur durch schrittweise Angleichung und gezielte Übergangsmaßnahmen sind tiefgreifende Einschnitte wie die von der DDR-Regierung bereits vorhergesagte Freisetzung der Hälfte der Beschäftigten in der Landwirtschaft zu vermeiden.

- II. Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend ihre Agrarpolitik grundlegend zu revidieren und auch innerhalb der EG eine grundsätzliche Neuorientierung der Agrarpolitik gemäß ökologischer und sozialer Prämissen zu erwirken. Die gegenwärtige, von Bundesregierung und EG getragene Agrarpolitik wird den ökologischen, sozialen sowie wirtschaftlichen Anforderungen an eine verantwortungsvolle, zukunftsorientierte Politik absolut nicht gerecht. Durch die praktisch übergangslose Eingliederung der DDR-Landwirtschaft in den EG-Agrarmarkt ist eine weitere Verschärfung der großen Probleme der Landwirtschaft – Arbeitsplatzvernichtung, Umweltschäden durch Intensivierung und Spezialisierung – zu erwarten. Diese Situation macht eine grundlegende Neuorganisation der Agrarpolitik und des Agrarmarktes unumgänglich. Die neue Agrarpolitik muß sich an folgenden zentralen Forderungen orientieren:

1. Der Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Ökologie muß aufgelöst werden. Wir brauchen eine Landwirtschaft, die im Einklang mit Natur und Umwelt gesunde Lebens-

- mittel erzeugt. Das bedeutet, eine bäuerlich-ökologische Wirtschaftsweise ist auf der gesamten Fläche einzuführen bzw. zu sichern, die Bewirtschaftung muß standortgemäß und der Viehbesatz flächengebunden und dem Futterangebot (und der Düngeraufnahmekapazität) der Betriebsfläche angepaßt sein; die chemische Intensität (Pestizid- und Düngemiteleininsatz) ist zurückzufahren; die Landbewirtschaftung ist auf der gesamten Fläche zu ökologisieren.
2. In der Tierhaltung ist der Tierbestand an die Fläche zu binden und eine Verpflichtung zu artgerechter Haltung der Nutztiere ist festzuschreiben. Zur ökologischen Strukturverbesserung sind überzogene Betriebsgrößen schrittweise auf überschaubare Einheiten zu reduzieren und Betriebe mit spezialisierter, industrieller Massentierhaltung sind in umwelt- und tiergerechte Betriebsgrößen zurückzuführen.
 3. Eine grundsätzliche Reform des Agrarpreissystems ist erforderlich. Für landwirtschaftliche Erzeugnisse müssen produktionskostenorientierte Preise bezahlt werden, die eine umweltgerechte, nachhaltige Landnutzung ermöglichen. Das Preisdruck-System der EG (mit Stabilisatorenregelung und MVA) läßt den meisten landwirtschaftlichen Arbeitskräften keine Perspektive. Die ökologische Situation kann bei diesem Preisdruck nicht verbessert werden. Allenfalls wird der Druck zu weiterer Industrialisierung und Intensivierung der Landwirtschaft zunehmen. Um diesem (ökologisch und sozial verheerenden) Preisdruck zu entgehen, müssen den Bäuerinnen und Bauern für eine bäuerlich-ökologische Erzeugung kostenorientierte Preise bezahlt werden – in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und allen anderen Ländern der EG. Erforderlich ist die Entwicklung eines neuen, ökologisch-sozialen Markt- und Preissystems, das dem Konzept einer ökologisch vernünftigen Produktion entspricht; das bedeutet für die EG-Marktordnung:
 - a) Anpassung an die neuen Erfordernisse
 - b) ökologische und soziale Umstrukturierung der EG-Marktordnung
 - c) generelle Abschaffung der MVA und Agrarpreisstabilisatoren
 4. Der Stand der sozialen Sicherung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in der DDR darf nicht durch den EG-Beitritt der DDR gefährdet werden. Landwirtschaftliche Arbeitskräfte müssen ein Einkommen erwirtschaften können, das auf dem Niveau des außerlandwirtschaftlichen Vergleichseinkommens liegt. Auch die Arbeitsbelastung der Bauern in der Bundesrepublik Deutschland muß deutlich verringert werden. Hier können die Arbeitszeiten in der DDR-Landwirtschaft für die Forderungen der westdeutschen Bauern als Leitlinie dienen: höchstens 50 Wochenstunden bei angemessenem Einkommen.
 5. Speziell in der DDR ist eine partnerschaftliche, tatsächlich genossenschaftliche Form der Landbewirtschaftung in Be-

triebs- und/oder Dorfgemeinschaften zu fördern, die den Beteiligten wirkliche Mitbestimmung bietet. Für die Beschäftigten sind die Besitz- und Nutzungsrechte der bewirtschafteten Ländereien zu sichern. Als Voraussetzung für den (Wieder-)Aufbau einer dezentralen, bäuerlichen Landwirtschaft ist für die Wiederinstandsetzung sowie den Neubau landwirtschaftlicher Betriebs- und Wohngebäude ein Finanzhilfeprogramm aufzulegen.

6. Durch gezielte Ausbildungs- und Förderungsmaßnahmen (besonders auch in der DDR) ist eine Qualifizierung in Richtung einer ökologisch-bäuerlichen Landwirtschaft zu unterstützen, um bäuerliche Kenntnisse wieder zu verbreiten und die Grundlage für eine verantwortungsvolle Mitbestimmung zu legen. Außerdem ist ein nationales und internationales Austauschprogramm für Weiterbildung, speziell mit Orientierung auf ökologische Bewirtschaftung zu fördern. Eine fachliche Aus- und Weiterbildung ist aufzubauen und zu fördern, sowohl für bäuerlich-ökologische Bewirtschaftung als auch für Betriebsführung.
7. Die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte ist auf eine regionale Versorgung der Bevölkerung auszurichten, nicht auf Ausweitung des Exports. Die Exportorientierung der EG-Agrarpolitik muß allgemein und für die DDR eine Absage erhalten. Eine regionale, effektive, qualitativ hochwertige Produktion, Verarbeitung und Vermarktung ist zu fördern und einzurichten. Zentralismus und entsprechende Orientierung der EG sind abzulehnen.
8. Es sind besondere Maßnahmen zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft vorzusehen. Besonders gefördert werden sollen Betriebsgemeinschaften und die einzelbetriebliche Landwirtschaft. Insbesondere sollen gefördert werden die standortgerechte Mechanisierung mit Maschinen und Geräten, die für ökologische Bewirtschaftung geeignet sind. Eine Förderung einer auf die chemische Industrie ausgerichteten Mechanisierung ist auszuschließen (Hackrahmen statt Ackerspritze).
9. Bauern in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und den anderen Staaten der EG dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Gemeinsames Interesse ist die Erhaltung der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze. Die Freisetzung von Arbeitskräften ist hier wie dort zu stoppen. Für die Bundesrepublik Deutschland-Bauern ist eine Rückführung der Arbeitszeit dringend erforderlich. Schon eine Reduzierung von fast 70 auf 50 Stunden in der Woche wäre ein erstrebenswerter Fortschritt.
10. Eine Lösung der ökonomischen und ökologischen Probleme der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR ist weder über den Strukturwandel in der Bundesrepublik Deutschland noch über die in der DDR vorhandenen Großstrukturen zu erreichen. Die Situation

der bäuerlichen Landwirtschaft, der Erhalt landwirtschaftlicher Arbeitsplätze, die umweltgerechte Landbewirtschaftung und Erzeugung gesunder Lebensmittel kann nur erreicht werden durch eine ökologische Intensivierung der gesamten EG-Landwirtschaft in Verbindung mit einer Gestaltung der Erzeugerpreise, die den Produktionskosten entspricht und die geleistete Arbeit gerecht entlohnt.

Bonn, den 30. Mai 1990

Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

